

Breslauer



Zeitung.

No. 18. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch den 11. Januar 1860.

Telegraphische Depesche.

Paris, 11. Januar. Der „Moniteur“ veröffentlicht ein Schreiben des Kaisers an den Papst, worin auf Abtretung der Romagna zur Lösung der italienischen Frage gedrungen wird.

Telegraphische Nachrichten.

Kopenhagen, 9. Januar. Der König hat ein Comité ernannt, welches das Interesse der Nation für den Wiederaufbau des Schlosses Fredensborg weden und freiwillige Beiträge dazu in Empfang nehmen soll.

Preußen.

Berlin, 10. Januar. Der ordentliche Lehrer Seemann an dem Gymnasium zu Essen ist zum Oberlehrer ernannt worden.

Der „St.-Anz.“ bringt zugleich eine Bekanntmachung des Herrn Ministers des Innern vom 9. Januar 1860, wodurch die Herren Mitglieder der beiden Häuser des Landtages davon in Kenntniß gesetzt werden, daß die Eröffnung des Landtages am 12. Januar d. J. einberufen Landtages an diesem Tage Vormittags 11 1/2 Uhr im weißen Saale des königlichen Schlosses stattfinden, und daß zuvor um 10 Uhr ein Gottesdienst für die evangelischen Mitglieder in der Domkirche, für die katholischen in der St. Hedwigskirche abgehalten werden wird.

Berlin, 10. Januar. [Vom Hofe.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent nahm heute die Vorträge der Minister von Auerswald und von Schleinitz, so wie des Generalmajors von Manteuffel und des Polizei-Präsidenten Freiherrn von Zedlig entgegen. Ihre königl. Hoheiten der Prinz-Regent und die Frau Prinzessin von Preußen, so wie die übrigen Prinzen und Prinzessinnen des hohen königlichen Hauses, statten Ihrer königl. Hoheit der Frau Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin täglich Nachmittags im königl. Schlosse längere Besuche ab. Der Tagesbesuch Ihrer königlichen Hoheit erlaubt es noch immer nicht, die Rückreise nach Schwerin anzutreten.

Berlin, 10. Januar. [Zur italienischen Frage] bringt die „N. Pr. Z.“ folgende Mittheilungen: In einem Privatbriefe aus Paris heißt es: „Gegen Rußland ist man hier sehr aufgebracht, seitdem Fürst Gortschakoff dem Duc de Nothello (französischen Gesandten in Petersburg) ohne Rückhalt gesagt hat, was der Kaiser Alexander über die (Mocquard'sche) Broschüre und die ganze pariser Politik denke.“

Es liegt ja auf der Hand, daß die neueste Schwentung Louis Napoleons und seine Hinwendung zu Lord Palmerston ihn von dem Petersburger Cabinet abwenden muß. Er hofft mit Hilfe des britischen Ministers seine italienischen Pläne durchzusetzen und rechnet nicht ohne Grund darauf, daß dann keine Macht ihn dabei werde hindern können. Der britische Gesandte in Paris, Lord Cowley, ist bekanntlich schon vor mehreren Tagen nach London gegangen; er überbrachte an Lord Palmerston vom Kaiser der Franzosen folgende Vorschläge: Regelung der italienischen Frage auf der Basis des status quo, sei es nun durch Herstellung eines neuen Staates oder der Einverleibung in Piemont, und im letzteren Falle wo möglich Vereinigung Savoyens mit Frankreich. Daß der letzte Punkt von Seiten Palmerstons bewilligt wird, ist doch kaum anzunehmen. Wie gern dieser Staatsmann auch die Revolution in Italien befördert und den Kirchenstaat kassiren will — jenes lähmt ja Oesterreich und hebt den britischen Handel; dieses gefällt vielen „Protestanten“ in England — aber Frankreichs Vergrößerung zu billigen, das wird er dem englischen Parlamente und Volke gegenüber doch kaum unternehmen können. Immerhin ist aber die jetzige Verbindung Englands und Frankreichs von der gewaltigsten Bedeutung für ganz Europa.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Januar. [Die Revision der Bundes-Kriegsverfassung.] Sie wissen, daß der größere Theil der in Würzburg vertretenen Regierungen eine Revision der Bundes-Kriegsverfassung angeregt hat, daß diese Angelegenheit bis zur Einholung eines Gutachtens der Bundesmilitärkommission gediehen, und daß das preussische Mitglied dieser Kommission, General-Lieutenant Dannhauer, zum Berichterstatter darüber gewählt ist. In der letzten Commissions-Sitzung ist nun der genannte General von seiner Regierung angewiesen zu erklären, daß die Vorbedingung jeder erspriesslichen Revision die Aufhebung von Artikel 5, 12, 13, 14 und 15 der Kriegsverfassung sei. Um die Bedeutung dieser Erklärung zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß jene Artikel jedes Aufgehben der kleineren Contingente in die Contingente der großen Bundesstaaten unmöglich machen und daß sie das Bundesheer für untheilbar und einem einzigen Feldherrn untergeben bezeichnen, der für den einzelnen Fall vom Bunde gewählt, von der Bundesversammlung als seiner einzigen Behörde in Eid und Pflicht genommen und dem Bunde verantwortlich ist. Über freilich dürfte das Ganze nur als eine Diversion gegenüber den Revisionsanträgen der Mittelstaaten zu betrachten sein, denn daß Preußen mit seinen in der Richtung jener Erklärung zu formulirenden Anträgen durchdringt, kann es selbst um so weniger erwarten, als dazu — denn die ersten 24, und also auch die oben bezeichneten Artikel der Kriegsverfassung sind ein organisches Bundesgesetz — Stimmeneinheit erforderlich sein würde. (B. u. H.-Z.)

[Die Protokolle der Bundesversammlung.] Aus Professor Hies's schon erwähntem Werke, die „Geschichte der politischen Untersuchungen“, welche von der Central-Untersuchungs-Kommission zu Mainz (eingesetzt durch Bundesbeschluß vom 20. September 1819) und der Bundescentralbehörde von 1819—42 geführt wurden (Nr. 2), erfahren wir auch (und erhalten damit einen unzweifelhaften Beleg, „wie es mit der Rechtsgiltigkeit der fraglichen Bundesbeschlüsse sich verhält“), daß in der Bundestags-Sitzung vom 20. September 1819 die Karlsbader Beschlüsse nicht einstimmig, wie es in dem öffentlichen Protokoll von demselben Datum heißt, angenommen worden sind, sondern daß ihnen unter Verwahrungen, namentlich Württembergs und Kurheffens, beigegeben wurde, daß der luxemburgische Gesandte nicht

instruirt war, eben so wenig als der Gesandte der freien Städte (gleichfalls nicht einstimmig wurde der die Beschlüsse vom 20. September 1819 verlängende Bundesbeschluß vom 16. August 1824 gefaßt. Diese Entdeckung machte Professor Hies in der „ungebrachten“ Registratur vom 20. September 1819, und er ruft aus: „Welch ein Zustand des öffentlichen Rechts einer großen Nation! Während man übereinkommt, im öffentlichen Protokoll den Ausdruck zu gebrauchen: die Beschlüsse sind einstimmig angenommen, legt man in vertraulicher Sitzung in geschriebener Registratur die Verwahrungen gegen die so eben gefaßten Beschlüsse an demselben Tage nieder!“ Es ist ein trauriger Humor an der Sache, daß am Abend desselben Tages sämtliche Gesandte sich bei dem Bundespräsidialgesandten zu einer glänzenden Abendgesellschaft vereinigten. (Bef.-Z.)

Frankfurt, 9. Jan. [Die holsteinische Angelegenheit.] Die königlich dänische Regierung hat neuerlich eine Depesche an die fremden Höfe gerichtet, welche die beabsichtigte Ernennung des Prinzen Christian zum Gouverneur von Holstein zum Ausgangspunkt nimmt. Die Depesche giebt zu, daß Holstein nicht in allen Beziehungen in Kopenhagen den Mittelpunkt seiner Interessen finden könne, sondern daß es hier und da Interessen zu pflegen habe, die durch eine im Lande selbst befindliche Regierung jederzeit richtig und vollständig zu würdigen in der Lage sei; diesen Interessen Rechnung zu tragen, habe man die Einsetzung eines besondern Gouverneurs für Holstein beim König beantragt und durch die Berufung der Person des Thronfolgers auf diesen Posten dem Lande gleichzeitig einen Beweis und ein Pfand des Vertrauens und des versöhnlichen Entgegenkommens bieten wollen. Es sei leider nicht gelungen, den Prinzen zur Annahme der ihm zugebachten Mission zu bewegen, aber die Regierung habe darum auf die Absicht, der selbstständigeren Stellung des Herzogthums auch nach außen hin einen Ausdruck zu verleihen, noch nicht verzichten zu müssen geglaubt und werde sich jetzt der Erwägung unterziehen, in wie fern die Wiedereinsetzung einer gesonderten holsteinischen Provinzial-Regierung als thunlich und erspriesslich erscheine. Die Depesche wird hier als ein weiterer Beweis aufgefaßt, daß das neue dänische Ministerium den ersten Willen hat, die noch vorhandenen Schwierigkeiten auf einer gerechten und praktischen Basis zur Ausgleichung zu bringen.

Oesterreich.

Wien, 9. Januar. Der heute nach Schluß der Jahres-Sitzung ausgegebene Dezember-Ausweis der Nationalbank zeigt, mit dem Vormonat verglichen, einige nicht ganz unerhebliche Veränderungen. Der Baarvorrath hat sich um 987,093 Gulden auf 80,187,756 Gulden vermehrt und die „anderen Activa“ um etwa 1/2 Million Gulden auf 32,440,147 Gulden vermindert, während der Notenumlauf um 7,375,108 Gulden auf 466,758,923 Gulden gefallen ist, so daß sich also das Verhältnis von Baar zu Papier etwas gebessert hat. Die Möglichkeit hierzu lag in der abermaligen Einschränkung des Escompte- und des Lombardgeschäfts, von denen das eine um 2,835,705 Gulden auf 35,130,286 Gulden, das andere um 1,455,895 Gulden auf 55,896,795 Gulden zurückging. Gestiegen sind die Hypothekar-Darlehen um 5 Millionen Gulden auf 53,016,707 Gulden und dem entsprechend der Pfandbrief-Umlauf um mehr als 4 Millionen Gulden auf 40 Millionen Gulden. Sehr unbedeutend sind die Veränderungen in den einzelnen Staatschuldposten, und ganz unverändert sind die Rubriken bezüglich der Südbahnrat und der Grundentlastungen im Besitz der Bank. (Presse.)

Wien, 9. Januar. [Amtliches.] Die heutige „Wien. Z.“ bringt ein kaiserliches Patent vom 1. Januar, wodurch in der Art der Kundmachung der Gesetze und Verordnungen mehrere Abänderungen eingeführt werden; sodann eine kaiserl. Verordnung vom 6. d. M., womit die in Beziehung auf die Zeugenfähigkeit derjenigen Personen, welche sich nicht zur christlichen Religion bekennen, bestehenden gesetzlichen Beschränkungen aufgehoben werden. — Eine Kundmachung des Bank-Gouverneurs giebt bekannt, daß die Bank-dividende mit 27 Gulden Oesterr. Währung für jede Bank-Aktie bemessen worden ist.

Italien.

— **Turin, 6. Jan.** [Garibaldi. — Die Kanonen Alessandria's. — Toleranz.] Die Helden des Tages sind hier noch fortwährend Graf Cavour und Garibaldi. Am 1. Jan. gab eine Gesellschaft von den Beförderern der Einheit Italiens dem General Garibaldi ein glänzendes Fest und der König ward bei seinem Erscheinen im Theater mit unaussprechlichem Jubel empfangen. Am 3. d. Mts. brachte die neue Staatszeitung (giornale ufficiale del regno) die Rechnungs-Ablage über die von den Italienern zur Vertheidigung von Alessandria bestimmten 100 Kanonen gesammelten freiwilligen Beiträge, welche zur Instandsetzung von 126 Kanonen hingereicht haben, mit dem Alessandria, das starke Bollwerk gegen Oesterreich, ausgerüstet worden. Aus allen Theilen Italiens, selbst aus dem Kirchenstaate sind reiche Beiträge eingegangen, und ein in der Schweiz lebender Piemontese hat eine vollständig ausgerüstete Kanone, sowie die Stadt Boston eine dergleichen geschenkt. Jede der 126 Kanonen hat den Namen einer der italienischen Städte, die dazu beitragen, erhalten. Auch die neue Sammlung für eine Million Genuere, von Garibaldi angeregt, hat den besten Fortgang. Erfreulich ist zugleich der Fortschritt der Toleranz. Das sardinische Heer zählt bereits 15 evangelische Offiziere, worunter 8 Waldenser. Einer derselben, durch die Conscription zum Soldaten berufen, war wegen Auszeichnung bei dem ersten Gefechte nach sechs-wöchentlicher Dienstzeit Unteroffizier geworden; bei Magenta waren alle Offiziere seiner Compagnie gefallen, er führte sie daher allein, und wurde auf dem Schlachtfelde zum Offizier ernannt. Die Waldenser haben gute Schulen, es wird ihnen daher leicht werden, sich noch weiter auszubilden. Die hiesige evangelische Zeitung macht bekannt, daß 2 italienische Missionare in Ostindien zur evangelischen Kirche übergetreten sind.

Turin, 6. Jan. [Stimmungen und Zustände.] Die Nachricht von Walewskis Entlassung hat hier, der „Kön. Ztg.“ zufolge, eine freudige Sensation erregt, und auch mit der Wahl Thouvenel's ist man allgemein einverstanden. Man sagt sich, daß ein Mann, der lange in Konstantinopel gelebt und dort die Wirksamkeit Oesterreichs gesehen hat, nur als Feind dieser Macht zurückkehren könne. Mehrere Blätter ließen der Depesche, welche die wichtige Nachricht brachte, die Worte folgen: Gutes Zeichen! — Die Kriegsge danken tauchen nun wieder auf. Was man aus dem Kirchenstaate erfährt, ist nicht eben beruhigend. In Livorno kommen fortwährend verleidete Oesterreicher an, und man meldet aus Rom, der Papst sei auf das Aeußerste gefaßt. — Dem „Nord“ zufolge ist es die neue Taktik der Legitimisten und der entthronten Fürsten, seit sie vom Kongresse nichts mehr erwarten, einen kühnen Griff vorzubereiten, nämlich in Mittel-Italien Unruhen anzuzetteln, im Kirchenstaate eine österreichische Armee unter päpstlicher Fahne zu bilden, dann einen Zusammenstoß herbeizuführen und das Kriegsglück noch einmal zu versuchen. Um diesen Eventualitäten zuvorzukommen, wird eben in London ein Protokoll verhandelt, das allen zum Kongreß geladenen gewesenen Mächten, mit Ausnahme Roms, Neapels und Oesterreichs, zum Beitritte vorgelegt werden soll. Auch die Nachrichten aus Sizilien sind der Art, daß man täglich einen allgemeinen Aufstand auf der Insel erwarten muß. — Wie die „Indep.“ zuverlässig erfährt, hat der König am Neujahrstage gesagt: „Die Wolkten, von denen man hoffte, daß sie sich zerstreuen würden, bestehen noch, und ich rechne noch immer auf den Patriotismus der Nation und die Hingebung der Armee.“ — In Mailand ist der Geist kein durchaus freundlicher — die Lombarden behaupten ihren Ruf unabhängiger Leute. Die Advokaten von Mailand sträuben sich gegen den Eid, der keine Erwähnung vom Statut macht und überhaupt nicht würdig genug gehalten ist. Es wird eines sehr energischen und sehr populären Ministers bedürfen, um die neuen Provinzen mit Erfolg zu verwalten.

[Eine Note Antonelli's.] Der „Courrier du Dimanche“ bringt einen römischen Brief vom 31. Dezbr., wonach der Cardinal-Staatssekretär am 30. Dezember Herrn v. Grammont eine in sehr entschlossenem Tone abgefaßte Note habe zustellen lassen, worin die kategorischen Beschlüsse der römischen Curie enthalten seien. Cardinal Antonelli drückte zunächst dem französischen Gesandten „die peinliche Ueberraschung Sr. Heiligkeit des Papstes über die Veröffentlichung einer Flugchrift aus, welche durchgehends eine Beleidigung und ein Angriff auf die Rechte der weltlichen Souveränität des heiligen Stuhles sei.“ Se. Eminenz wies sodann darauf hin, daß diese Schmähschrift, gleich so vielen anderen, von Feinden der Kirche in Umlauf gesetzt, unbeachtet geblieben wäre, wenn dieselbe nicht durch gewisse Umstände eine wirkliche Erheblichkeit erhalten hätte. Se. Eminenz befragte sich über das Stillschweigen des französischen „Moniteur“ in Betreff einer Schrift, der die gesammte Presse Europas amtlichen Ursprung beilege, und fügte hinzu, die vom päpstlichen Nuntius in Paris erlangten Aufschlüsse erschienen dem Papste, wie er unverhohlen bekennen wollte, nichts weniger als befriedigend. Se. Eminenz ersuchte deshalb den kaiserlichen Gesandten, seiner Regierung den Protest des heiligen Stuhles gegen die Politik und gegen das System, das in der angezogenen Flugchrift angegriffen werde, zugehen zu lassen. Der Papst sei entschlossen, mit Festigkeit und in ihrem ganzen Umfange die Integrität des Kirchenstaates zu vertheidigen. Wofern die kais. Regierung, die dem h. Stuhle so viele Beweise der Fürsorge gegeben, dem Papste nicht Bürgschaft ertheilen zu können glaube, daß Frankreichs Politik nicht die in der anonymen Flugchrift dargelegte sei, so werde der heilige Vater seine Zustimmung, sich auf dem Kongresse vertreten zu lassen, nicht ertheilen. Dem „Courrier du Dimanche“ zufolge war auch bereits seit dem 27. Dez. in Rom das Antwortschreiben des Kaisers Napoleon auf den vom päpstlichen Nuntius in Paris übergebenen Brief des heiligen Vaters eingetroffen, am 31. Abends jedoch noch nicht im Vatikan überreicht worden. Das Schreiben des Kaisers war laut obiger Quelle zwar in den verbindlichsten Ausdrücken abgefaßt, es enthielt aber Grundsätze über die Romagna und die weltliche Macht des Papstes, „die nicht die des heiligen Stuhles sind und welche dieser durch alle Mittel, die ihm zu Gebote stehen, bekämpfen wird.“ Zu Anfang Januar sollte Abbé Compicci von Rom mit bestimmten und unbeugsamen Instruktionen für die päpstliche Nuntiatur nach Paris abreisen. „Kurzum, der Kongreß tritt nicht zusammen, es giebt keinen Congreß mehr.“ lautet der Schluß des römischen Briefes im „Courrier du Dimanche.“ In einem madriker Briefe desselben Blattes wird auf den für Spanien allerdings charakteristischen Umstand aufmerksam gemacht, daß die Broschüre: „Papst und Congreß“, die fast einstimmige Zustimmung der madriker Blätter gefunden hat und von sämtlichen Redactionen in unverfälschter Uebersetzung veröffentlicht wurde.

Frankreich.

Paris, 8. Januar. Ueber die Verhandlungen, welche in Betreff Italiens mit England gepflogen werden, erfährt man, daß das englische Cabinet wenig geneigt ist, in eine Vergrößerung Frankreichs durch Savoyen zu willigen. Dagegen beantragt dasselbe, um die italienische Frage möglichst einfach und ohne einen förmlichen Vertrag zwischen den Westmächten, der von der „Times“ so lebhaft bekämpft wird, zu lösen, daß die französische Regierung ihre Truppen aus Mittelitalien zurückziehe, und gleichzeitig die vier National-Versammlungen der Liga einberufen werden, damit diese über ihr Schicksal von Neuem entscheiden, jedoch so, daß Frankreich sowohl wie England sich verpflichte, daß, wenn auf diese Weise ruhig und ohne fremden Einfluß die italienische Frage durch die Italiener selbst gelöst werden, man sowohl den Anschluß der Staaten an Sardinien, wie die Bildung eines mittelitalienischen unabhängigen Königreichs gut heißen wolle, je nachdem die eine oder die andere Lösung von den Bevölkerungen vorgezogen werde. Dem Bernehmen nach ist der Kaiser Napoleon nicht abgeneigt, auf diesen Vorschlag unter der Bedingung einzugehen, daß die Beschlüsse

